Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 18

Artikel: Einmal mehr - keinmal zuviel : die Grundlagen des Antikommunismus

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076573

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Anwendung kommen. Und den tschechoslowakischen Weg militärisch abwürgen konnten nur diejenigen, die eine imperialistische Zielsetzung hatten. Die überall manifest gewordenen Anpasser an die sowjetischen Machthaber haben also in keiner Weise Verständnis für den Sozialismus bekundet, sondern nur für dessen faschistische und imperialistische Ausprägung.

Von der Solidarität mit und ohne Bedingungen

Wer sein Bedauern über die sowjetische Aggression ausschliesslich darauf gründet, dass sie tragischerweise einem sozialistischen Staat gegolten habe, der anerkennt indirekt ein Interventionsrecht gegen einen Staat, der den Sozialismus tatsächlich hätte verlassen wollen. Und das schliesst eine Verneinung der Souveränitätsrechte jedes Landes, unbeschadet seiner bestehenden oder gewünschten Gesellschaftsordnung, ein. Abgesehen davon, dass hier die Frage nach dem, was man als Sozialismus zu betrachten habe und was nicht, die Gutheissung oder Ablehnung der Intervention zur Ermessensfrage macht. Genau der sowjetische Fall also.

Stellt euch einmal vor, Kinder, Frankreich würde die Schweiz mit einer Okkupation bedrohen. Und nun würde es in Drittstaaten Leute geben, die uns mit dem Argument unterstützen wollten, Frankreich habe kein Recht dazu, da in der Schweiz die bürgerliche Gesellschaftsordnung keineswegs gefährdet sei. Unsere bürgerlichen Politiker würden sich für diese Solidaritätsbegründung schön bedanken. Die tschechoslowakischen Kommunisten dürfen sich die öffentliche Zurückweisung analoger «Solidarität» natürlich nicht leisten und durften es nie. Aber ich kann mir vorstellen, was sie sich dabei denken. Wenn ich schon unter den tschechoslowakischen Kommunisten keine Genossen habe, habe ich unter ihnen doch Freunde.

Deshalb ist unsere Solidarität und Freundschaft, gelinde gesagt, gültiger: sie stellt keine Gesinnungsvorschrift zur Bedingung.

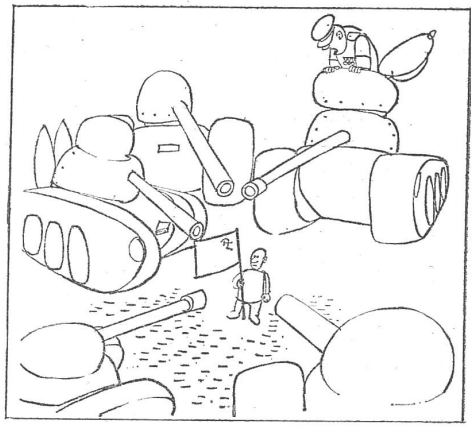
Wer übrigens treuherzig und bestürzt den Schaden bejammern will, den die Sowjetunion sich selber zugefügt habe («Leider, leider, so eine Fehleinschätzung der CSSR, welch tragischer Missgriff!»), der mag sich trösten: Die UdSSR hat den zeitweiligen Prestigeverlust vorderhand machtmässig reichlich kompensiert:

Die Bilanz der Macht

Nach einer siebentägigen Okkupation hat die Sowjetunion mit dem Recht des Stärkeren die Tschechoslowakei wieder zur Raison gebracht. Der «Prager Frühling» hat sich als ein Zwischenspiel erwiesen. Das Experiment «sozialistische Demokratie» ist in Osteuropa so lange nicht möglich, als Moskau es nicht zulassen will. Und dieser Fall zeichnet sich nicht ab, ganz im Gegenteil.

Was ist das Fazit der Besetzung und des Moskauer «Abkommens», das heisst Diktates? Die Sowjetunion hat den Ostblock wieder zusammengefügt. Ihre Machtposition ist in Osteuropa unangefochtener als je in den letzten Jahren. Mit dem Exempel ist auch Rumänien, dem offensichtlich ein Ultimatum gestellt wurde, in die Schranken gewiesen. Und andere Länder kommen nicht mehr in Versuchung, die Zusicherung der Möglichkeit vom «eigenen Weg zum Sozialismus»» auch noch zu glauben. Die «schöpferische Anwendung» der kommunistischen Prinzipien auf die einzelnen Länder bedeutet zur Hauptsache, dass man verbindliche russische Vorschriften auch in andere Sprachen übersetzen darf. Die sowjetische Macht steht noch besser etabliert da als in den letzten Jahren der Aera Novotny.

Zurück bleibt unsere Ohnmacht. Und die mutmassliche Tatsache, dass wir uns mehrheitlich recht gut mit ihr abfinden werden. ■



Für die reine Linie (ein Gedankenspiel): «Ich sag es dir zum letzten Mal: diskreditiere nicht den Sozialismus.» («Delo», Ljubljana)

Einmal mehr — keinmal zuviel:

Die Grundlagen des Antikommunismus

Mit dem Ruf «Dubcek — Svoboda» haben Hunderttausende im Westen gegen den Einmarsch sowjetischer und anderer Truppen in die Tschechoslowakei protestiert. Mit dem Hinweis, Dubcek und Svoboda seien Kommunisten, wird bereits Verwirrung gestiftet: der Antikommunismus sei überholt, und wir müssten jetzt für den (tschechoslowakischen) Kommunismus sein. Zur Klärung falscher Vorstellungen lassen wir eine Stellungnahme folgen, die am 8. März 1967 an dieser Stelle veröffentlicht worden ist.

«Als Ausdruck der tiefen geistigen Krise und des äussersten Niederganges der bürgerlichen Ideologie entstellt der Antikommunismus die marxistische Lehre in ungeheuerlicher Weise, verleumdet er die sozialistische Gesellschaftsordnung aufs gröblichste, verfälscht er die Politik und die Ziele der Kommunisten und betreibt eine Hetze gegen die demokratischen, friedliebenden Kräfte und Organisationen.»

Dieser Satz steht in der Erklärung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien, die sich im November 1960 zur vorläufig letzten gemeinsamen Konferenz zusammenfanden. An jener Beratung ist kommunistischerseits der Anti-Antikommunismus aus der Taufe gehoben worden: Will man die Interessen der Werktätigen erfolgreich vertreten, den Frieden erhalten und die sozialistischen Ideale der Arbeiterklasse verwirklichen, so muss man den Antikommunismus entschieden bekämpfen, diese vergiftete Waffe, deren sich die Bourgeoisie bedient, um die Massen dem Sozialismus fernzuhalten.»

Der damals aufgenommene Kampf gegen den Antikommunismus wurde wohl vorbereitet und treibt heute nun die verschiedensten Blüten. Es ist kein sachliches Gespräch, keine geistige Auseinandersetzung daraus geworden, die man begrüsst hätte, sondern eine Spiegelfechterei. Die Methode ist einfach genug: dem Antikommunismus wird eine Haltung unterschoben, die leicht widerlegt werden kann.

Dennoch ist es dank der enormen Mittel, welche die kommunistische Bewegung einzusetzen vermag, dank auch eines grossen Geschickes und jahrzehntelanger Erfahrungen gelungen, viele Geister zu verwirren und viele Fragen zu verfälschen.

Zu den kommunistischen Frontkämpfern in dieser Auseinandersetzung gesellen sich — teils bewusst und teils unwissentlich — auch ernste Demokraten aus den Rängen der Pazifisten und Nonkonformisten etwa, oft ohne zu merken, dass sie als wahre Pazifisten und Nonkonformisten grundsätzlich Antikommunisten sein müssten.

Sicher ist es an der Zeit, die grundsätzliche Haltung wieder einmal abzugrenzen, zunächst des Antikommunismus und seines Verständnisses des Kommunismus, später dann auch des Nonkonformismus.

Der Antikommunismus, wie wir ihn verstehen, ist keine Ideologie, sondern eine gegenüber der kommunistischen Aggression besonders formulierte Haltung der Freiheit und Toleranz. Gegenüber andern konkreten Bedrohungen der Freiheit und Toleranz sind andere ebenso klare Haltungen zu formulieren, zum Beispiel Antinationalsozialismus oder Antifaschismus.

Wenn wir die Freiheit als persönliche Zuständigkeit zur sittlichen Entscheidung definieren und aus Toleranz diese Zuständigkeit jedem Individuum zubilligen, so folgt daraus, dass ein der Freiheit und Toleranz verpflichteter Mensch keine Glaubensinhalte irgendwelcher Art bekämpft. Er mag einigen zustimmen, er mag andere ablehnen; er mag seine Zustimmung oder Ablehnung dieser oder jener Glaubensinhalte öffentlich bekunden: nie aber wird er mit Ge-

(Fortsetzung auf Seite 10)

Sollen wir denn Dubceks Hüter sein?

Es steht ausser Zweifel, dass mit Dubcek die gesamte tschechoslowakische Reformbewegung sich zum Kommunismus bekennt. Heisst das, dass wir uns auch gegen sie einzusetzen hätten?

Doch wohl nicht. Dubcek wurde als Führer vom tschechoslowakischen Volk nicht so einhellig anerkannt, weil er Kommunist ist, sondern weil er Demokrat sein wollte, weil er humaner zu sein versprach, weil er den Menschen in den Mittelpunkt rückte, weil er darauf verzichtete, den Kommunismus mit Zwang und Gewalt zu verbreiten.

Dagegen hat ein sachbezogener Antikommunist nicht das geringste einzuwenden. Dafür kann und soll er sich einsetzen. Nicht weil Dubcek Kommunist, sondern weil und solange er ein Demokrat ist. Und mit einer solchen Unterstützung, die jedem Andersdenkenden zuzubilligen ist, wird keineswegs der Glaubensinhalt dieses Andersdenkenden übernommen. Denn wir kämpfen für eine Welt, in der jeder seine Ueberzeugung äussern können muss. Auch Alexander Dubcek.

Daher sollen wir Dubceks Hüter sein. Und damit ist durchaus kein Bekenntnis zum Kommunismus, sondern zur Demokratie verbunden.

Warum, so könnte man fragen, bezeichnen wir uns denn als Antikommunisten und nicht beispielsweise als Antitotalitaristen? Die Frage ist berechtigt. Aber es gibt eine gültige Antwort.

Es ist eine Eigentümlichkeit im kommunistischen Glaubensinhalt marxistisch-leninistischer Prägung, die den Träger dieser Ideologie in besonderem Masse auf den Totalitarismus anfällig macht: die dogmatische Ueberzeugung, dass die angeblich geschichtsnotwendige Verwirklichung des idealen Endzieles aktiv erzwungen werden muss, das heisst unter Verwendung sogar von Gewalt. In der Tat: die theoretische und praktische Untersuchung zeigt, dass der Marxismus-Leninismus auf die Anwendung von Gewalt nicht verzichten kann.

Wer aber auf die Gewalt doch verzichtet, ist kein Kommunist im Sinne des Marxismus-Leninismus mehr, auch wenn er einem Kommunismus eigener Art huldigt. Denn der Marxismus-Leninismus, der gemeinhin als Kommunismus bezeichnet wird, ist genau bestimmt und hat ein Machtzentrum: Moskau. Es ist daher angängig, Kommunismus und Marxismus-Leninismus gleichzusetzen.

Eine zweite Frage ist berechtigt: Wie kommt es, dass wir behaupten, marxistisch-leninistische Glaubensinhalte nicht zu bekämpfen, wenn wir gleichzeitig eine so enge Verbindung zwischen Glaubensinhalt und gewaltsamer Glaubensverbreitung unterstellen? Die Antwort liegt darin, dass sich der Kampf gegen die gewaltsame Glaubensverbreitung nicht eindeutig vom Kampf gegen kommunistische Glaubensinhalte isolieren lässt. Ist dieser Kampf auf dem Boden der Toleranz erfolgreich, so wird der Kommunismus seiner Macht entkleidet und auf das Mass des unterganggeweihten Glaubensbekenntnisses einer Sekte gestutzt. Das muss — und mehr darf nicht — postuliert werden. ■

Die Grundlagen des Antikommunismus

(Fortsetzung von Seite 9)

walt gegen Glaubensinhalte vorgehen, die ihm nicht zusagen.

Gerade darum muss ein der Freiheit und Toleranz verpflichteter Mensch es jedem andern versagen, Glaubensinhalte irgendwelcher Art mit Gewalt durchzusetzen. So wäre etwa mit jedem zulässigen Mittel gegen ein ausserhalb des Notstandes beabsichtigtes Verbot der PdA zu kämpfen, freilich ohne glauben zu müssen, was sie propagiert.

Hier findet der Antikommunismus als Widerstand seinen Ursprung und zugleich seine Rechtfertigung. In erster Linie geht es ihm nicht um die kommunistischen Glaubensinhalte, sondern um die Methoden ihrer Verwirklichung. Ist der Nachweis einmal erbracht, dass Gewalt zur Verbreitung kommunistischer Glaubensinhalte angewendet wird, so muss ein der Freiheit und Toleranz verpflichteter Mensch Antikommunist werden. Nicht im Namen irgendwelcher anderer Glaubensinhalte oder sogenannter positiver Ideen und Werte, wie unüberlegt allzu oft gefordert wird. Sondern lediglich im Namen der Glaubensformen Freiheit und Toleranz.

Diese Haltung grenzt sich nach zwei Seiten ab. Weil sich einerseits der Antikommunismus nicht mit Glaubensinhalt befasst, wird er auch nicht die dem Kommunismus verwandten oder aus gleichen Ursprüngen entwickelten Glaubensinhalte (wie etwa jene sozialistischer Richtungen) bekämpfen. Anderseits darf der Kampf gegen etwas (hier gegen die Methoden zur gewaltsamen Verbreitung kommunistischer Glaubensinhalte) nicht mit einem Kampf für etwas (zum Beispiel Buddhismus, Protestantismus, Katholizismus, Kapitalismus usw.) unzulässig gekoppelt werden. Aus dem Gemeinsamen der Ablehnung soll eine Gemeinsamkeit für einen *bestimmten* Glaubensinhalt nicht erzwungen werden. Wer dem Antikommunismus eine «negative» Haltung vorwirft, übersieht daher, dass solche Ungebundenheit sein Vorzug ist.

Wenn beispielsweise von einem europäischen Antikommunisten gefordert wird, dass er zugleich für das Christentum eintrete, so könnte etwa ein den Kommunismus ablehnender Buddhist zum Einsatz für das Christentum angehalten werden. Das wäre geistig unredlich. Oder dem Buddhisten könnte die Sache des Antikommunismus als ausschliessliche Angelegenheit des Christentums erscheinen. Das wäre politisch eine Fehlleistung. Von hier aus wird begreiflich, dass und warum der Antikommunismus sich nicht in erster Linie mit den kommunistischen Glaubensinhalten beschäftigen muss. Er bezieht seine Legitimierung nicht von ablehnungswürdigen Glaubensinhalten, sondern von abzulehnenden Methoden zu ihrer Durchsetzung. Mithin wird der Antikommunismus dauernd und sorgfältig studieren, ob und inwieweit die sich allenfalls wandelnden kommunistischen Glaubensinhalte mit Methoden der Gewalt verbreitet werden. **Er wird so zur Quelle wissenschaftlich erarbeiteter, sachlich Informationen, die zur Meinungsbildung ang boten, aber nicht aufgezwungen werden. Insowe ist der Antikommunismus zugleich auch wisse schaftliche Ostforschung.**

Wandlungen der kommunistischen Glauben inhalte sind aus dieser Sicht von sekundärem I teresse. Da sie indessen in einem mittelbaren Z sammenhang mit den Methoden zu ihrer Ve breitung stehen, wird der Antikommunist auc dieses Studium nicht vernachlässigen. Dieses e laubt ihm — jetzt als Staatsbürger — eine pe sönliche Stellungnahme sogar zu kommunist schen Glaubensinhalten.

In der Abwehr gewaltsamer Methoden der kon munistischen (wie früher der nationalsozialist schen) Glaubensverbreitung ist der Antikon munismus notfalls selber zur Verwendung vo Mitteln der Gewalt legitimiert, und zwar unt Anrufung des Widerstandsrechtes. Allerding wenn solche Methoden eingesetzt werden, da der Kampf nicht Glaubensinhalten, sondern n den Formen ihrer Durchsetzung gelten.

Ausserhalb des Notstandes wird der Antikon munismus das Gespräch, die geistige Auseina dersetzung suchen, um darauf hinzuweisen, da der Einsatz von Zwang und Gewalt unannehm bare Methoden der Glaubensverbreitung sin

Damit ist die Position des *Antikommunismu* kurz umrissen. Ein solcher Antikommunism muss die Haltung eines jeden Demokraten (un damit auch des wahren Pazifisten und Nonko formisten) sein.

Was nun das Verständnis des *Kommunismus* a dieser Sicht betrifft, so werden Wandlungen nic etwa negiert, sondern positiv registriert. Nic das ist die Frage, ob solche Wandlungen best hen, sondern vielmehr, welche Bedeutung ihn zuzumessen ist.

Es wird gesagt, dass sich die kritischen Stimm in den kommunistisch geführten Ländern me ren. Aber es wird übersehen, dass sie nach w vor mit sichtbarer oder versteckter Gewalt mun tot gemacht werden, dass sie nur organisatoris nicht aber geistig innerhalb der Bewegung stehe Diese Kritiker stehen letztlich auf der Positi des Antikommunismus.

Es wird gesagt, dass sich die kommunistische Führer von den schlimmsten Entartungsform des Kommunismus distanziert haben. Aber wird übersehen, dass dies nur insoweit geschehe ist, als Kommunisten selbst zu Opfern der Wil kür wurden; dass die Natur totalitärer System die Apologeten zu Kritikern werden lässt, dam sie im Heute das Gestern verleugnen. Im Zu seiner Verwirklichung bürdet sich der Komm nismus immer neue Gewichte auf, um sich ihr wieder zu entledigen. Ballastabwürfe dieser A erlauben daher noch keine geistigen Höhenflüg Es wird gesagt, dass die ökonomische Realit Reformen erzwinge. Aber es wird übersehe dass diese Reformen nicht notwendigerweise ei Demokratisierung erzwingen. Anzeichen liege vor, wonach das kommunistische Regime me und mehr sich des kollektivistischen Terrors b geben kann, weil sich eine Verwaltungsgesel schaft instituiert, in der die weniger sichtbare Zwangsmassnahmen nicht minder wirksam ei gesetzt werden.

Das vom Anti-Antikommunismus entworfe Wunschbild des Kommunismus bedarf dies Korrekturen durch die harten Realitäten.